

Kommentar zur rechtlichen Situation der Doppelresidenz in Österreich

Politisch betrachtet, befinden sich die stärksten Antagonisten der Doppelresidenz unter „Rot“ und „Grün“. Das erstaunliche dabei ist, dass es gerade diese beiden Parteien sind, die Gleichberechtigung und mehr Verantwortungsübernahme von Vätern am vehementesten einfordern. Im Falle der Doppelresidenz sind ihnen jedoch Gleichstellungsgebot, Diskriminierungsverbot, das Recht auf freie Gestaltung des Familienlebens und das Recht des Kindes auf Kontakt zu beiden Elternteilen offensichtlich nicht so wichtig.

Argumentiert wird folgendermaßen: „Wenn sich die Väter nicht schon bei aufrechter Ehe gleichteilig um das Kind kümmern, dann brauchen sie danach auch nicht dieselben Rechte.“ Dass die Eltern die Entscheidung, wer wie lange in Karenz geht, in der Regel im Einvernehmen treffen, spielt dabei keine Rolle. Dass die Väter trotzdem dafür abgestraft werden, auch nicht.

Ebenso spielt es keine Rolle, dass immer mehr Eltern die Doppelresidenz einvernehmlich vereinbaren und ihnen gleiches Recht lieber wäre. „Rot“ und „Grün“ sind sich sicher, dass sie die Frauen schützen müssen. Ob die Frauen, wie in immer mehr Fällen, gleich viel verdienen (noch wird das Modell eher von Akademikern gelebt) wie die Männer und trotzdem finanziell bevorteilt werden, spielt dabei keine Rolle. Auch nicht, dass das Ungleichgewicht viel Spannung – auch für das Kind spürbar – mit sich bringt, scheint nicht wichtig. Die Grünen haben ganz klar erklärt, dass sie sich für die Doppelresidenz nur dann aussprechen, wenn die Alimentationszahlungen trotzdem weitergezahlt werden müssen.

Das in Ländern in denen die Doppelresidenz längst eine etablierte Alternative darstellt und rechtlich verankert ist, gerade Frauen froh darüber sind, weil ihnen damit mehr Zeit bleibt sich beruflich ebenso gut zu verankern wie Männer, wird von Rot/Grün ausgeklammert. Frauen schätzen es dort durch mehr Zeit für den Beruf ein höheres Einkommen zu beziehen und damit unabhängiger von staatlichen und privaten Zuwendungen (Transferleistungen und Alimenten) zu werden. Abgesehen davon wirkt es sich gut auf die zu erwartende Pension aus. Rot/Grün sehen Frauen immer noch lieber als unmündige Opfer patriarchaler Verhältnisse und wollen sie schützen. Eine zweifelhafte Angelegenheit wie man sieht.

Nun bildet nicht Rot/Grün die Regierung, sondern Türkis/Grün. Die, gegenüber der letzten Regierung diesmal eher doch sehr unspezifischen Äußerungen zum Thema Doppelresidenz im jetzigen Regierungsprogramm sprechen aber eindeutig die Sprache der Grünen.

Zum Abschluss: Mit der Verweigerung einer rechtlichen Verankerung der Doppelresidenz werden gerade jene Väter abgestraft, die dem Anspruch, gleichermaßen Verantwortung gegenüber dem Kind zu übernehmen, gerecht werden.

Anton Potoschnig
Obmann der Plattform Doppelresidenz
Juni 2020